

Ausstellungseröffnung „100 Jahre Frauenwahlrecht“ in den Räumlichkeiten der VHS



Laden zur Aussteöllung und zum Film ein (v. l.): Martina Bierkämper, VHS-Leiterin Sabine Ostrowski und Ludger Kortendieck.

In Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Bergkamen, Ludger Kortendieck, und der Kommunalen Gleichstellungsstelle, Martina Bierkämper, zeigt die VHS Bergkamen ab dem 4. September 2018 die Wanderausstellung „Frauenpolitischer Aufbruch – Der Kampf um das Frauenwahlrecht in Deutschland“ des Frauenmuseums Bonn. Gezeigt wird zum Thema am 13. September ab 19 Uhr ebenfalls im Treffpunkt ein Spielfilm. Sowohl diese Zusammenarbeit zwischen den Ämtern also auch das Filmangebot sollen fortgesetzt werden.

Das Deutsche Reich gehörte zu den Staaten, die Ende 1918 relativ früh das allgemeine Frauenwahlrecht einführten. Die erste, die politische Gleichberechtigung forderte, war die Schriftstellerin Hedwig Dohm mit ihrem Werk „Der Frauen Natur und Recht“ von 1876. Seit Mitte der 1890er Jahre hatten sich einzelne Frauen um die Juristin Dr. Anita Augspurg für das Frauenstimmrecht ausgesprochen, die 1902 den Verein für das Frauenstimmrecht gründeten.

Die Ausstellung geht der Frage nach, mit welchen Strategien die Frauenrechtlerinnen auftraten und wie sie sich vernetzten. Vorge stellt werden Sozialistinnen, konservative bürgerliche Frauen und die sogenannten Radikalen.

Die Ausstellung zeigt sieben Tafeln mit Portraits von Louise Otto-Peters, Hedwig Dohm, Marie Stritt, Clara Zetkin, Ottilie Bader und Marie Juchacz.

Acht Roll-Ups zeigen die historischen Zusammenhänger. Zudem werden einige historische Dokumente und Postkarten mit der Forderung nach dem Frauenwahlrecht ausgestellt.

Es lohnt sich, die Ausstellung zu besuchen. Sie ist bis zum 26. September bei der Volkshochschule im Treffpunkt an der Lessingstraße zu besichtigen.

Ein weiteres Highlight ist die Filmvorführung am Donnerstag, 13. September, ab 19.00 Uhr, ebenfalls zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht“. Der Lizenzvertrag für die Vorführung lässt die Nennung des Filmtitels nicht zu, er kann aber bei der VHS erfragt werden.

Der Film erzählt den Kampf um die Einführung des Frauenstimmrechts am Beispiel der Protagonistin Vera Rückstuhl, Hausfrau und Mutter von zwei Kindern. In einem Appenzeller Dorf beginnt sie, sich langsam, aber hartnäckig für das Frauenstimmrecht einzusetzen – und dafür, wieder berufstätig sein zu können.

Als sie dies ihrem Mann anvertraut, verbietet er ihr, eine Stelle zu suchen – und kann sich dabei auf das Gesetz berufen.

Schauen Sie sich den Film an! Es lohnt sich! Er besticht durch seine charmant-verspielte, witzige, tragische Inszenierung und seine hervorragenden Schauspielerinnen.

Der Eintritt liegt bei 5,00 €.

Melden Sie sich bitte an!

Bergkamener SPD trauert um Herbert Korte

Die SPD Bergkamen muss Abschied nehmen von Herbert Korte, der Anfang vergangener Woche im Alter von 77 Jahren verstorben ist. Herbert Korte, Weddinghofer Urgestein, hat sich ein Leben lang aktiv ehrenamtlich engagiert, unter anderem in der freiwilligen Feuerwehr und in der Politik. Sein unermüdlicher Einsatz galt seinem Wohnumfeld in Bergkamen und den Interessen der Bergkamener Bevölkerung.

Im Jahr 1965 ist er der SPD beigetreten. Der Partei blieb er sein ganzes Leben treu. Im Laufe der Jahre war er in verschiedenen SPD-Parteigremien äußerst aktiv, unter anderem im Unterbezirksausschuss, im Stadtverbandsvorstand und im Vorstand des Ortsvereins Weddinghofen.

Der Weddinghofer Sozialdemokrat engagierte sich von 1984 an als sachkundiger Bürger in zahlreichen Fachausschüssen des Rates der Stadt Bergkamen. Bei der Kommunalwahl im Jahr 2004 wurde er in den Rat der Stadt Bergkamen gewählt, welchem er bis 2009 angehörte. Auch während dieser Zeit engagierte er sich in verschiedenen Fachausschüssen, u.a. im Haupt- und Finanzausschuss und im Ausschuss für Bauen und Verkehr.

In der Zeit von Oktober 2004 bis Oktober 2009 übte er zudem mit großer Leidenschaft das Amt des Ortsvorstehers für den Ortsteil Weddinghofen aus.

„Sein Tod macht uns sehr betroffen. Wir verlieren mit Herbert Korte einen engagierten Genossen, einen freundlichen Menschen, der das Herz am richtigen Fleck hatte. Wir gedenken seiner in großer Dankbarkeit.“

Unsere aufrichtige Anteilnahme in diesen schweren Stunden gilt seiner Familie“, erklärt Stadtverbandsvorsitzender André Rocholl.

Christdemokraten wollen es wissen: Wie schreibe ich eine Pressemitteilung?

Wie schreibe ich eine Pressemitteilung, warum ist mein Text wieder nicht in der Tageszeitung erschienen und was kann ich dagegen tun? Antworten auf diese und alle weiteren Fragen rund um das Thema gibt das nächste Seminar der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU am Samstag, 29. September, 10:00 bis 17:00 Uhr in der CDU-Geschäftsstelle Werne, Krchhof 6.

Dozenten ist Joachim Ochs den Geschäftsführer einer PR-Beratung. Er ist ausgebildeter Journalist und war nicht nur als Redakteur, sondern auch viele Jahre als Pressesprecher und Kommunikationsberater für Unternehmen und Verbände tätig.

Neben der Vermittlung des erforderlichen Basiswissens wird er den Teilnehmer zahlreiche Einblicke in die Praxis ermöglichen. Anhand praktischer Übungen wird erlernt, wie man Pressemitteilungen schreibt oder sie so verbessert, dass ihre Chancen auf Veröffentlichung steigen.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 10 Euro. Da die Teilnehmerzahl beschränkt ist, werden die Anmeldungen in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Verbindliche Anmeldungen an:

CDU-Kreisgeschäftsstelle Unna

Parkstraße 31, 59425 Unna

info@cdu-kreis-unna.de

SPD-Dämmerschoppen erstmals auf dem Platz am Ehrenmal an der Schulstraße

Traditionell veranstaltet der Ortsverein der SPD Weddinghofen-Heil am Freitag, 31. August, von 17 bis 21 Uhr seinen Dämmerschoppen. Erstmals wird die Veranstaltung am Ehrenmal in Weddinghofen, Häupenweg/Ecke Schulstraße stattfinden.

Neben den Weddinghofer SPD Kreis- und Ratsvertretern stehen auch Bürgermeister Roland Schäfer und der heimische MdL Rüdiger Weiß in gemütlicher Atmosphäre für Gespräche zur Verfügung. Für das leibliche Wohl zu zivilen Preisen ist bestens gesorgt. Es handelt sich um keine reine Parteiveranstaltung, alle interessierten Bürgerinnen- und Bürger sind herzlich eingeladen.

Der Dämmerschoppen ist darüber hinaus Auftakt der Aktion: „Hallo Weddinghofen, Vorschläge gesucht“.

Zum Hintergrund schreibt Ortsvereinsvorsitzender Jens Schmülling:

„An der Ecke Schulstraße/Häupenweg haben wir ein schönes Fleckchen Erde zum verweilen, gedenken und spazieren. Die kleine grüne Freifläche ganz in der Nähe des Martin Luther Hauses wird regelmäßig von Besuchern genutzt. Dieser Platz, inmitten unseres Stadtteils Weddinghofen, hat bislang leider keinen offiziellen Namen. Auch unser Stadtarchiv gibt hierauf keine Antwort.“

Die SPD in Weddinghofen-Heil möchten dies mit Unterstützung der Bergkamener Bürgerinnen und Bürger sehr gern ändern. Wir suchen Geschichten, Hintergründe und Anekdoten rund um den

Platz, an dem heute das Soldatenehrenmal seine Heimat hat, um die Fläche und ihre Geschichte etwas mehr in den Blickwinkel des Ortsteils Weddinghofen zu nehmen.

Des Weiteren möchten wir konkrete Ideen für eine Namensfindung aus der Bergkamener Bürgerschaft sammeln und suchen deshalb Vorschläge.

Der SPD Ortsverein hat hierzu Postkarten drucken lassen, die im Ortsteil Weddinghofen ab dem 31.08.18 zur Verteilung kommen.

Neben der „Belohnung“ den Platz durch einen eigenen Namensvorschlag zu benennen, prämiiert der SPD Ortsverein den Gewinnervorschlag darüber hinaus noch mit einem Restaurantgutschein für eine Gastronomie in Weddinghofen.“

NRW-weiter Probealarm am 6. September: Was ist im Ernstfall zu tun?

Großbrände oder Katastrophen kommen vor. Dass die Bevölkerung dann gewarnt werden muss, ist klar. Über Radio, Fernsehen und Internet werden viele erreicht – das Land NRW möchte mehr und setzt außerdem noch auf Sirenen

und Lautsprecherdurchsagen. Doch wie klingen die und was ist bei einem Alarm zu tun? Genau das soll beim ersten NRW-weiten Warntag am Donnerstag, 6. September um 10 Uhr geübt werden.



Ältere kennen die Signale aus dem Krieg und denken mit Schrecken daran zurück, Jüngeren sagen die Warntöne meist nichts. „Angst muss niemand haben, Ahnung schon“, meint Landrat Michael Makiolla und wirbt dafür, sich im Vorfeld die Signale einzuprägen und dann am 6. September genau hinzuhören. Die Möglichkeit zur „Tonprobe“ gibt es unter www.warnung.nrw/sirenen.

Jeder soll wissen, wie er sich verhalten muss

Die künftig immer am ersten Donnerstag im September geplanten Warntage sollen jeweils unter einem bestimmten Thema stehen. „Wir wollen das Thema Warnung wieder mehr ins Bewusstsein rücken. Wenn jeder Einzelne weiß, wie er sich zu verhalten hat, sinkt das Risiko für die Gesamtheit“, erklärt NRW-Innenminister Herbert Reul.

Bevölkerung soll Bedeutung der Signale kennen

Bei der Premiere am 6. September geht es vor allem um die Bedeutung der Sirenensignale, um Informationen zu Warnanlässen, zu Warnmitteln und zu Verhaltenshinweisen.

Parallel zu den Sirenen wird das Land am 6. September um 10 Uhr über die Warn-App „NINA“ (Notfall-Informationen- und Nachrichten-App des Bundes) eine Probewarmmeldung versenden. Die App kann kostenfrei heruntergeladen werden. Über sie wurden z. B. am 30. Juni beim Großbrand in Bönen Verhaltensregeln an die Bevölkerung gegeben.

Informationen zum Probealarm am 6. September um 10 Uhr gibt es auf der vom Land geschalteten Internetseite www.warnung.nrw und unter www.kreis-unna.de/nachrichten und in den Social Media-Kanälen des Kreises (www.facebook.com/KreisUnna, www.twitter.com/kreis_UN). PK | PKU

Landrat appelliert an Bundeskanzlerin: Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen



Landrat Michael Makiolla.
Foto: Linda Peloso – Kreis
Unna

Die Wirtschaft boomt. Das sollte auch mehr Langzeitarbeitslose in Lohn und Brot bringen. Allerdings plant die Bundesregierung, die Voraussetzungen für den Zugang zu sozialer Beschäftigung zu verschärfen. „Das geht nicht“, erklärt Landrat Michael Makiolla. Er hat deshalb an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel geschrieben.

Der Landrat begrüßt dabei ausdrücklich eine geplante Gesetzesänderung, die die Chancen Langzeitarbeitsloser auf eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt erheblich erhöhen soll. Er verweist gleichzeitig auf ein Ende 2018 auslaufendes Bundesprogramm, mit dem es im Kreis gelungen sei, „mehrere hundert Arbeitslose mit Vermittlungshandicaps in eine Beschäftigung zu bringen“.

Dieser Weg müsse weiter beschritten werden. Dafür ist es nach Überzeugung von Landrat Michael Makiolla notwendig, „an

wenigen Stellen Verbesserungen vorzunehmen, damit für die Menschen nicht nur in unserer Region am Ende spürbare Erfolge stehen“.

Bezahlung nach geltendem Tarif

Eine hundertprozentige Förderung in Höhe des Mindestlohnes bedeutet nach Ansicht von Landrat Makiolla, dass tarifgebundene Arbeitgeber zuzahlen müssten und damit die Zahl der potentiell zur Verfügung stehenden Plätze nicht ausgeschöpft werden würde.

Anspruchsvoraussetzung Leistungsbezug 4 Jahre

Nach den Plänen der Bundesregierung soll der Zugang zu sozialer Beschäftigung erst nach sieben Jahren erfolgen. Makiolla ist ausdrücklich für das Bezahlen von Arbeit und nicht von Arbeitslosigkeit. Außerdem würde „Ein längerer Zeitraum (...) die Lebenssituation vieler betroffener Menschen verkennen. Gerade wenn in Familien Elternteile Jahre ohne Beschäftigung sind, können das die für die kommende Generation prägenden Jahre sein“.

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

Abschließend regt der Landrat einen Gesetzesentwurf zum Passiv-Aktiv-Tausch an. „Nur dann haben die Kommunen die Möglichkeit, eingesparte Mittel aus den Kosten der Unterkunft direkt für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen einzusetzen.“ PK | PKU

Hauseigentümer aufgepasst: Alle Gebäude sollen vermessen

werden



So sieht es aus, wenn Luftbilder mit der Liegenschaftskarte abgeglichen werden: Der Anbau und die Garage sind noch nicht vermerkt und grau hinterlegt. Grafik Kreis Unna

Ein neuer Wintergarten, der Anbau für mehr Wohnfläche oder eine neue Garage – wer sein Haus vergrößern möchte, der muss es auch neu vermessen lassen. Diese Gebäudeeinmessungspflicht besteht seit 1972. Davor errichtete Gebäude werden vom Fachbereich Vermessung und Kataster kostenlos eingemessen.

„Circa 2.000 Gebäude bzw. Gebäudeteile sind noch nicht in der Liegenschaftskarte dargestellt“, erklärt Matthias Neumann-Redlin, Sachgebietsleiter für Vermessungen und Raumbezug beim Kreis Unna. „Dazu führen wir in den nächsten zwei Jahren vermehrt Gebäudeeinmessungen im gesamten Kreis Unna durch.“

Information für Eigentümer

Das heißt, dass die Mitarbeiter zu den Eigentümern fahren, deren Gebäude noch nicht eingemessen sind, sich mit Dienstausweis vorstellen und über das Vorhaben informieren. „In der Regel wissen die Eigentümer aber bereits, dass ihr Gebäude noch nicht eingemessen ist – überraschend dürfte der

Besuch von uns also in den wenigsten Fällen sein“, sagt der Sachgebietsleiter. „In einigen Fällen müssen allerdings auch die benachbarten Grundstücke betreten werden, um den Bezug zu anderen Gebäuden oder Vermessungspunkten herzustellen.“

Der Nachweis der Gebäude im Liegenschaftskataster ist nicht nur ein wertvoller Beitrag zur Rechtssicherheit der Eigentümer, sondern ist auch als Planungsgrundlage öffentlicher und privater Planungsträger von hoher Bedeutung. Daher greifen die Mitarbeiter auch auf aktuelle Luftbilder zurück, um noch nicht eingemessene Gebäude durch einen Vergleich mit der Liegenschaftskarte zu identifizieren.

Einmessen lassen – aber wie?

Ist ein seit 1972 errichtetes Gebäude noch nicht eingemessen, wird der Eigentümer dazu aufgefordert, einen Antrag auf Gebäudeeinmessung zu stellen. Dann muss er entweder einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder das Sachgebiet Vermessung und Raumbezug beauftragen, die Vermessung durchzuführen.

Allgemeinen Informationen zum Verfahren gibt es auch im Sachgebiet Vermessung und Raumbezug bei Sachgebietsleiter Matthias Neumann-Redlin unter Tel.: 02303 / 27-19 68 oder per E-Mail an matthias.neumann-redlin@kreis-unna.de. PK | PKU

Oliver Kaczmarek: Reform der Pflegeausbildung längst überfällig

Der Bundestag hat jetzt endgültig den Weg für die Reform der Pflegeausbildung freigemacht. Nachdem im letzten Jahr mit dem

Pflegeberufereformgesetz die berufsrechtlichen Grundlagen für die neue Ausbildung gelegt wurden, regelt die jetzt verabschiedete Ausbildungs- und Prüfungsverordnung die Umsetzung durch die Schulträger und Ausbildungsbetriebe.

„Endlich steht der längst überfälligen Weiterentwicklung der Pflegeberufe nun nichts mehr im Wege“, freut sich der SPD-Bundestagabgeordnete Oliver Kaczmarek. „Die Rechtsverordnung beinhaltet detaillierte Vorgaben für Ausbildungsziele und Stundenaufteilung der künftig zusammengelegten Ausbildung in der Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflege und schafft die Voraussetzung, damit die neue Pflegeausbildung pünktlich zum 01.01.2020 starten kann.“

Mit der Ausbildungsreform sollen nicht nur mehr Pflegefachkräften gewonnen, sondern auch die ungerechten Gehaltsunterschiede zwischen der Alten- und Krankenpflege ausgeglichen werden. Außerdem werde endlich bundesweit das Schulgeld abgeschafft.

Bis zum Start der neuen Ausbildung im Jahr 2020 müssen die Länder die Vorgaben der Verordnung noch in ihr Schul- und Hochschulrecht übernehmen. Kaczmarek ruft die Ausbildungsträger und Pflegeschulen im Kreis Unna dazu auf, sich bereits jetzt auf die neue Ausbildung einzustellen. Für den Abschluss der notwendigen Kooperationsverträge vor Ort und organisatorische Änderungen seien im Gesetz Unterstützungsangebote vorgesehen. „Zur Überwindung des Fachkräftemangels müssen Politik und alle Akteure in der Pflege an einem Strang ziehen“, betont der SPD-Politiker. Das gilt nicht nur für die beschlossene Reform Pflegeausbildung, sondern auch für die nächsten Schritte, die im Rahmen der in Kürze beginnenden Konzertierte Aktion Pflege vereinbart werden sollen.

Verwaltungsbericht 2018 der Stadt Bergkamen

Ab sofort ist der Verwaltungsbericht 2018 der Stadt Bergkamen für die Jahre 2016/2017 auf der Homepage der Stadt Bergkamen einsehbar. Darüber hinaus liegt er in der Stadtbücherei aus und ist auf Nachfrage auch im Rathaus, Zimmer 118, erhältlich.

Grüne unterstützen Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ : Unterschriftenlisten im Fraktionsbüro abgeben

Auch die GRÜNE Fraktion Bergkamen unterstützt die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“, die sich an den Landtag NRW richtet. Sie fordert die Erhöhung des Radverkehrs auf 25% bis 2025. Dies soll über neun Maßnahmen, die in einem Fahrradgesetz NRW festgeschrieben werden sollen, umgesetzt werden.

Aus diesem Grunde haben sich die Grünen als offizielle Sammelstelle bei der Initiative angemeldet.

Details zur Initiative gibt es unter www.aufbruch-fahrrad.de

„Wir freuen uns über tatkräftige Unterstützung bei der Sammlung von Unterschriften – ob im Freundes- und Bekanntenkreis, im Verein oder mit Aktionen auf der Straße!“, erklärt die Fraktion. Damit die Unterschriften gültig sind, gibt es allerdings unbedingt ein paar wichtige Kleinigkeiten zu beachten:

Jede Person darf nur einmal unterschreiben.

Es dürfen nur Personen unterschreiben, die bei der Landtagswahl stimmberechtigt sind – also die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, mindestens 18 Jahre alt sind und ihren Hauptwohnsitz in NRW haben!

Bitte für jede Stadt einen eigenen Unterschriftbogen. Wenn Menschen aus unterschiedlichen Städten unterschreiben möchten, unbedingt einen extra Unterschriftenbogen für die jeweilige Stadt benutzen.

Das ist wichtig, damit die Listen ihre Gültigkeit behalten.

Bitte die Spalte „Bemerkungen der Gemeinde“ unbedingt frei lassen! Hier vermerkt die prüfende Gemeinde die Richtigkeit der gemachten Angaben.

Die ausgefüllten Bögen können dann einfach im Fraktionsbüro im Rathaus montags, dienstags und donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr abgegeben werden. Hier können Bürgerinnen und Bürger sich auch in die Liste eintragen.

Wir danken bereits jetzt allen Unterstützer*innen für den Einsatz für ein fahrrad- und klimafreundliches NRW!

Kreis baut Service im Internet aus: Tipps und Infos auch bei Instagram

Der Kreis Unna baut seinen Service im Internet weiter aus und ist nun auch bei Instagram präsent. Unter www.instagram.com/kreis_un veröffentlicht die Stabsstelle Presse und Kommunikation Bilder und Videos mit Service-Tipps und Infos über Aktuelles aus dem Kreishaus.

Vor allem jüngere Internet-Nutzer wissen, was Instagram ist, ältere nicht unbedingt. Hinter dem Begriff Instagram verbirgt ist ein Soziales Netzwerk, bei dem Fotos und Videos aufgenommen und geteilt werden können. Aussagekräftige Bilder mit einem kurzen erklärenden Text – darauf setzt jetzt auch der Kreis Unna.

Alle wichtigen Informationen sind natürlich weiterhin auf der Internetseite des Kreises unter www.kreis-unna.de zu finden. Ausgewählte Inhalte schaffen es auch auf die nachrichtlich geprägten Kanäle bei Facebook (www.facebook.com/KreisUnna) und Twitter (www.twitter.com/kreis_UN). Ergänzt wird das Angebot nun noch durch den Kanal bei Instagram (www.instagram.com/kreis_un). PK | PKU